

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die 26./XI. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am
Mittwoch, dem 22.05.2024, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<u>Seite</u>
Öffentliche Sitzung	
1. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	5
2. Sachstand zur Landesgartenschau 2029	5 - 6
3. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024 nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung NRW - Drucksache Nr. 866 /XI. -	6
4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Grenzland-Draisine GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2023 - Drucksache Nr. 867 /XI. -	6 - 7
5. Änderung der Satzung zur Erhebung einer Beherbergungssteuer hier: redaktionelle Änderung - Drucksache Nr. 843 /XI. -	7
6. Satzung vom XX.XX. 2024 zur Änderung der Satzung der Stadt Kleve vom 27.06.2019 über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des Landesprogramms „Geld oder Stelle“ an der Karl Kisters Realschule in Kleve Kellen - Drucksache Nr. 858 /XI. -	7
7. Prüfung Anschaffung und Installation von Defibrillatoren in Schulen/Schulturnhallen - Drucksache Nr. 860 /XI. -	7 - 8
8. Informationstechnische Assistenten (ITAS) an den Klever Schulen in städtischer Trägerschaft - Drucksache Nr. 859 /XI. -	8
9. Änderung Richtlinien Verleihung Kulturpreis Stadt Kleve - Drucksache Nr. 826 /XI. -	8
10. Sinfonisches Orchester Cleve e.V.- Antrag auf Förderung eines kulturellen Angebotes - Drucksache Nr. 845 /XI. -	8 - 9
11. Gedenkplatte Anacharsis Cloots - Drucksache Nr. 849 /XI. -	9
12. Überbrückungshilfe zur Sicherung der Trägerpluralität in Kindertageseinrichtungen - Drucksache Nr. 844 /XI. -	9 - 10

13.	2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans 1-088-1 für den Bereich Lindenallee/ Ringstraße/ Arntzstraße/ Rahmstraße/ Haagsche Poort/ Nassauermauer/ Weyerstege hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 852 /XI. -	10 - 11
14.	133. FNP-Änderung für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde hier: Feststellungsbeschluss - Drucksache Nr. 835 /XI. -	11
15.	Bebauungsplan 5-352-0 für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde hier: Satzungsbeschluss - Drucksache Nr. 834 /XI. -	11
16.	Jahresabschluss 2023 der Umweltbetriebe der Stadt Kleve AöR (USK) a) Feststellung des Jahresabschlusses der USK AöR zum 31.12.2023 b) Feststellung des Lageberichtes der USK AöR für das Wirtschaftsjahr 2023 c) Beschluss über die Ergebnisverwendung d) Beschluss über die Entlastung des Vorstandes - Drucksache Nr. 865 /XI. -	11 - 12
17.	Antrag zur Querung der Bahngleise mit Liften - Antrag Nr. A 17 /XI.-GRÜNE -	12 - 13
18.	Bonuspunkte generationenübergreifendes Wohnen - Antrag Nr. A 18 /XI.-GRÜNE -	13 - 14
19.	Antrag auf Einführung von Bezahlkarten für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - Antrag Nr. A 3 /XI.-AfD -	14
20.	Mitteilungen a) Sportzentrum Bresserberg - OFD Bescheid b) Radweg Spoykanal c) Verlängerung Deutschlandticket	14 14 - 15 15
21.	Anfragen a) Starkregenereignisse b) Umsetzungsstand Kommunalpolitisches Praktikum c) Grundsteuerhebesätze	15 15 15

Niederschrift

über die 26./XI. Ratsperiode Sitzung des Rates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 22.05.2024, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

Unter dem Vorsitz des
Bürgermeisters Gebing, Wolfgang
sind anwesend die Ratsmitglieder:

Bay, Michael	GRÜNE
Boskamp, Maria	SPD
Brückner, Heinz-Peter	SPD
Bruns, Jonas	GRÜNE
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Bulut, Devrim	CDU
Dr. Camps, Thorsten	CDU
Dirmeier, Franz-Theo	CDU
Dörper, Sarah	GRÜNE
Driever, Gerd	CDU
Edler, Heike	FDP
Evers, Richard	FDP
Ezer, Hüseyin	SPD
Foerster, Friedrich	GRÜNE
Fuchs, Anne	OK
Geier, Stephan	SPD
Görtz, Tim	AfD
Hendricks, Marco	OK
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Janßen, Bruno	GRÜNE
Janssen, Udo	CDU
Jaschinski, Hannes	OK
Kanders, Angelika	CDU
Kanders, Josef	CDU
Koken, Detlev	GRÜNE
Kumbrink, Michael	Fraktionslos
Lichtenberger, Niklas	SPD
Liffers, Werner	CDU
Linsen, Bastian	CDU
Dr. Meyer-Wilmes, Hedwig	GRÜNE
Nitsch, Christian	SPD
Plorin, Gerd	AfD
Rambach, Felicitas	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Sanders, Norbert	CDU
Schmidt, Joachim	CDU
Schnütgen, Wiltrud	GRÜNE
Schoofs, Rebecca	CDU
Schütt, Britta	OK
Schweers, Jürgen	CDU
Schwiete, Andrea	CDU
Sevim, Cemile	SPD
Siebert, Susanne	GRÜNE
Teigelkötter, Friedrich	CDU

Tekath, Petra	SPD
Verheyen, Benedikt	GRÜNE
Verhoeven, Werner	CDU
Wäckers, Ulrike	GRÜNE
Weinrich, Udo	OK
Well, Oliver van	CDU

Nicht anwesend:

Gietemann, Josef	SPD
Krebber, Hans-Heinrich	FDP
Wucherpennig, Brigitte	SPD

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Keyzers
Technischer Beigeordneter Bomblat
Oberverwaltungsrat Dahmen
Tariflich Beschäftigte Grömping
Verwaltungsrat Horster
Tariflich Beschäftigter Klockhaus
Stadtammann Lembeck
Mitglied des Personalrats Püttmann
Tariflich Beschäftigter Schwaak
Vorsitzende des Personalrats Süßmaier
Tariflich Beschäftigte Welbers
Tariflich Beschäftigter ter Steeg als Schriftführer

Bürgermeister Gebing begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung, zur Tagesordnung und zur Bürgerfragestunde ergeben sich nicht.

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

Die Verwaltung schlägt tariflich Beschäftigten ter Steeg als stellvertretenden Schriftführer vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve bestellt tariflich Beschäftigten ter Steeg einstimmig zum stellvertretenden Schriftführer.

2. Sachstand zur Landesgartenschau 2029

Tariflich Beschäftigter Klockhaus stellt den Sachstandsbericht zur Landesgartenschau 2029 anhand einer Bildschirmpräsentation vor. Diese ist in den Sitzungsunterlagen hinterlegt.

StV. Weinrich fragt nach, wann ein konkreter Zeitablauf aufgestellt werde. Zudem sei es sein Eindruck, dass der Technische Beigeordnete derzeit eine eher untergeordnete Rolle spiele.

Bürgermeister Gebing führt aus, dass es in der Bewerbungsphase ein Kernteam aus verschiedenen Abteilungen gegeben habe. Die Maßnahmen seien dieses Jahr festzulegen und zu konkretisieren.

Technischer Beigeordneter Bomblat ergänzt, dass sich seine Rolle noch ändern werde. In der heutigen Sitzung sei ein Sachstand ohne konkrete Daten und Maßnahmen vorgestellt worden. Dies sei aufgrund der kurzen Zeitspanne seit der Zuschlagserteilung nicht möglich.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass seit der Zuschlagserteilung ca. ein Monat vergangen sei. Die formalen Prozesse, wie z.B. die Gründung einer GmbH, nähme viel Zeit in Anspruch.

StV. Dr. Meyer-Wilmes berichtet, dass sie davon ausgegangen sei, dass alle Flächen sicher zur Verfügung stehen werden. Zudem möchte sie wissen, ob für das Sponsoring an bestimmte Zielgruppen gedacht worden sei.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keyzers führt aus, dass die meisten Flächen Eigentum der Stadt Kleve seien. Weitere Flächen gehörten der Hochschule Rhein-Waal sowie einer Privatperson.

Zur Frage nach dem Sponsoring erläutert Bürgermeister Gebing, dass man viele verschiedene Zielgruppen wie Gartenbaubetriebe, örtliche Banken oder Gastronomen ansprechen könne.

StV. Weinrich möchte wissen, ob ein Ausschuss, der das Projekt begleite und Vorschläge koordiniere, gebildet werde. Zudem möchte er wissen, ob eine Phase vorgesehen sei, in der die Öffentlichkeit und die Parteien im Rat der Stadt Kleve Vorschläge einbringen könnten. Er sehe einen großen Handlungsdruck auf die Stadt Kleve zukommen, da nicht alle Flächen sicher zur Verfügung stünden.

Bürgermeister Gebing erläutert, dass die Bewerbung nicht die Verfügbarkeit sämtlicher Flächen voraussetze. Der Rat müsse entscheiden, ob für die Landesgartenschau ein neuer Ausschuss gegründet oder ein vorhandener Ausschuss genutzt werden solle.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keyzers teilt mit, dass immer offen kommuniziert worden sei, dass nicht alle Flächen zur Verfügung stünden.

StV. Nitsch spricht sich für die Gründung eines neuen Ausschusses aus. Zudem sei die personelle Situation ein wichtiges Thema. Im Hinblick auf die Etatplanung 2025 müssten hier rechtzeitig Erkenntnisse vorliegen.

Auf Nachfrage von StV. Schwiete bestätigt Bürgermeister Gebing, dass der Beschluss zur Bewerbung nicht einstimmig erfolgt sei.

Bürgermeister Gebing fasst abschließend zusammen, dass man seit Zuschlagserteilung schon viele Gespräche geführt habe. Man profitiere von anderen Kommunen, die bereits eine Landesgartenschau durchgeführt haben.

3. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2023 in das Haushaltsjahr 2024 nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung NRW

- Drucksache Nr. 866 /XI. -

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass die offenen Fragen mit der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses beantwortet worden seien.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keyzers führt zur Drucksache aus. Die Ermächtigungsübertragungen würden dem Rat der Stadt Kleve nach den Vorschriften der KomHVO jedes Jahr zur Kenntnis gegeben.

StV. Weinrich führt aus, dass das Bedarfsdeckungsprinzip hier nicht angewandt worden sei. Dies sei keine solide Finanzpolitik.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt die Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 Abs. 4 KomHVO NRW zur Kenntnis.

4. Feststellung des Jahresabschlussberichtes der Grenzland-Draisine GmbH und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2023

- Drucksache Nr. 867 /XI. -

Bürgermeister Gebing lässt aufgrund von Befangenheit der Mitglieder des Aufsichtsrates getrennt über Beschlussvorschlag 1 und 3 sowie anschließend über 2 abstimmen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates nehmen nicht an der Beschlussfassung zu 2 teil.

Für Beschlussvorschlag 2 übergibt er den Vorsitz an den stellvertretenden Bürgermeister Schmidt.

StV. Weinrich teilt mit, dass sich seine Fraktion enthalten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, bei fünf Enthaltungen, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen:

1. den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2023, der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023, dem Anhang und dem Lagebericht festzustellen.
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
3. den Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.709,49 € auf neue Rechnung vorzutragen.

**5. Änderung der Satzung zur Erhebung einer Beherbergungssteuer
hier: redaktionelle Änderung**

- Drucksache Nr. 843 /XI. -

StV. Weinrich beantragt, die Änderung zum 01.06.2024 in Kraft treten zu lassen.

Bürgermeister Gebing lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag, die Änderungen zum 01.06.2024 in Kraft treten zu lassen, wird mehrheitlich bei zehn Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Bürgermeister Gebing lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Drucksache abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich, bei zehn Gegenstimmen und einer Enthaltung, die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Beherbergungssteuersatzung der Stadt Kleve.

**6. Satzung vom XX.XX. 2024 zur Änderung der Satzung der Stadt Kleve vom
27.06.2019 über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des
Landesprogramms „Geld oder Stelle“ an der Karl Kisters Realschule in Kleve
Kellen**

- Drucksache Nr. 858 /XI. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, die als Anlage zur Drucksache beigefügte Änderungssatzung.

**7. Prüfung Anschaffung und Installation von Defibrillatoren in
Schulen/Schulturnhallen**

- Drucksache Nr. 860 /XI. -

Technischer Beigeordneter Bomblat erläutert, dass man die Defibrillatoren in Schwimmbädern anders aufbewahren müsse. Dies ändere nichts an der Benutzung der Defibrillatoren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig die Anschaffung von Defibrillatoren an Schulen, Sporthallen und Sportstätten in der dargestellten Variante 3.

8. Informationstechnische Assistenten (ITAS) an den Klever Schulen in städtischer Trägerschaft

- Drucksache Nr. 859 /XI. -

StV. Janßen erklärt, dass er es befürworte, wenn der Rat auf Grundlage der Daten, einen Appell an das Ministerium richten würde. Zudem bittet er um Beantwortung der Anfrage zu den Sprechzeiten.

Bürgermeister Gebing schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und bis zur nächsten Ratssitzung eine Resolution an die Landesregierung vorzulegen. Zu der Anfrage zu den Sprechzeiten sagt Bürgermeister Gebing eine schriftliche Beantwortung zu.

StV. Dr. Meyer-Wilmes erklärt, dass deutlich geworden sei, dass Stellen fehlen. Sie schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, einen Brief an das Ministerium zu verfassen.

StV. Rütter schlägt vor, die Landtagsabgeordneten über die Problematik zu informieren.

Bürgermeister Gebing fasst zusammen, dass der Rat die Vorlage zur Kenntnis nehmen werde. Auf Basis der Vorlage werde die Verwaltung einen „Brandbrief“ erstellen. Für die nächste Ratssitzung werde eine Resolution vorbereitet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, einen Brandbrief an das Ministerium zu erstellen und für die nächste Ratssitzung eine Resolution vorzubereiten.

9. Änderung Richtlinien Verleihung Kulturpreis Stadt Kleve

- Drucksache Nr. 826 /XI. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen, die Änderung der Richtlinien für die Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kleve gemäß der Anlage.

10. Sinfonisches Orchester Cleve e.V.- Antrag auf Förderung eines kulturellen Angebotes

- Drucksache Nr. 845 /XI. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve stimmt der finanziellen Unterstützung des Sinfonischen Orchester Cleve e.V. einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung, finanzielle Mittel für den Haushalt 2024 im Rahmen des Nachtrages im Etat zu beantragen.

11. Gedenkplatte Anacharsis Cloots

- Drucksache Nr. 849 /XI. -

StV. Weinrich zeigt sich aufgrund der alternativlosen Ablehnung der Anbringung der Gedenkplatte irritiert.

Bürgermeister Gebing entgegnet, dass man mit der Cloots-Gesellschaft Gespräche geführt habe und diese die Anbringung der Gedenktafel am Museum Kurhaus befürworte.

StV. Schnütgen erläutert, dass Anarchasis Cloots für Kleve von nicht so großer Bedeutung sei. Sie sehe die Anbringung der Gedenktafel am Museum Kurhaus daher kritisch. Zudem müsse die Herstellung der Gedenktafel erst noch in Auftrag gegeben werden und sei noch nicht fertiggestellt.

StV. Weinrich führt aus, dass man sich am Bürgerantrag orientiert habe, der verschiedene Standorte vorsehe.

StV. Rütter erklärt, dass Anarchasis Cloots nicht unumstritten sei. Er sei zudem für die Geschichte der Stadt nicht von entscheidender Bedeutung.

StV. Bay schlägt vor, dass die Stifterin einen alternativen Standort vorschlagen könne.

StV. Dr. Meyer-Wilmes teilt mit, dass es darum gehe, dass sich die Stifterin auf das Museum Kurhaus festgelegt habe. Dies sei abgelehnt worden.

StV. Fuchs führt aus, dass die Stifterin bereit sei, den Standort zu überdenken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt mehrheitlich, bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung, den Antrag auf Anbringung einer Gedenkplatte am Museum Kurhaus Kleve abzulehnen.

12. Überbrückungshilfe zur Sicherung der Trägerpluralität in Kindertageseinrichtungen

- Drucksache Nr. 844 /XI. -

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers erklärt, dass es der politische Wille sei, die Fördermodalitäten zu verändern. Der Zuschuss solle maximal 110 % des Landeszuschusses betragen und werde begrenzt auf das im Kitajahr 2023/2024 entstehende Defizit. Rücklagen aus vergangenen Jahren seien vorrangig einzusetzen. Der Fachbereich Jugend und Familie werde auf alle Kitas zugehen, um das voraussichtliche Defizit prognostizieren zu können. Der kommunale Zuschuss diene ausschließlich der Abfederung aufgrund gestiegener Personalkosten. Der kommunale Defizitausgleich stelle eine Ausnahme dar und gelte einmalig für das Kitajahr 2023/2024. Der Zuschuss stehe unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. Diese erfolge drei bis fünf Jahre nach Zuschussgewährung. Sofern es ein geringeres Defizit gebe als zum Zeitpunkt der Antragsstellung prognostiziert, wäre der Zuschuss anteilig zurückzuerstatten. Zinsen

würden nicht erhoben. Der Träger habe nachzuweisen, dass die durchschnittlichen vorgehaltenen Personalstunden die Gesamtstundenzahl nach der Anlage zu §33 KiBiz im Kitajahr 2023/2024 nicht oder nicht mehr als 10 % übersteigt. Die Personalstunden aufgrund besonderer Förderungen bleiben unberücksichtigt.

StV. Nitsch erkundigt sich, ob die Leistungen der Inflationsausgleichszahlungen zu den Personalkosten gezählt werden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers bestätigt dies.

StV. Weinrich erklärt, dass die Bedingungen, die der Kreistag und die Stadt Goch beschlossen hätten, nicht vorzufinden seien. Er beantragt daher, dass die Stadt Kleve entsprechend der Kreislösung Überbrückungshilfen als freiwillige Zuschüsse gewährt.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers führt aus, dass solch eine Gewährung die Notwendigkeit voraussetze.

StV. Hendricks appelliert dafür, die Kreislösung umzusetzen.

StV. Siebert sieht eine gute Grundlage für die Kitas. Dies stärke die Elterninitiativen.

StV. Rütter teilt mit, dass es sich hier um eine nicht selbstverständliche freiwillige Leistung handele. Dies solle keine Dauerlösung darstellen.

StV. Schwiete erklärt, dass man von einer kreisweiten Lösung gesprochen habe. Der Vorschlag sei weitergehend als die kreisweite Lösung. Die Kitas seien verpflichtet drohende Schließungen mitzuteilen. Zunächst solle der Bedarf festgestellt und gegebenenfalls nachgesteuert werden.

StV. Weinrich führt aus, dass man seit März 2024 Zeit gehabt habe, den Bedarf zu erheben. Die Erhebung stelle keinen großen Bürokratieaufwand dar.

StV. Bucksteeg teilt mit, dass er aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehme.

Bürgermeister Gebing lässt über Vorschlag des ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers Keysers abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig, dem Vorschlag des Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers zu folgen.

- 13. 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans 1-088-1 für den Bereich Lindenallee/ Ringstraße/ Arntzstraße/ Rahmstraße/ Haagsche Poort/ Nassauermauer/ Weyerstege
hier: Satzungsbeschluss
- Drucksache Nr. 852 /XI. -**

Bürgermeister Gebing übergibt den Vorsitz aufgrund von Befangenheit an den stellvertretenden Bürgermeister Schmidt.

Auf Nachfrage des StV. Bay teilt Technischer Beigeordneter Bomblat mit, dass man eine alternative Bebauung zugelassen und einen umfangreichen Baum geschützt habe. Dies sei Teil des Klimaschutzfahrplans.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung, die 2. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 1-088-1 für den Bereich Lindenallee/ Ringstraße/ Arntzstraße/ Rahmstraße/ Haagsche Poort/ Nassauermauer/ Weyerstege, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung als Satzung.

14. 133. FNP-Änderung für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde

hier: Feststellungsbeschluss

- Drucksache Nr. 835 /XI. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und stellt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung einstimmig die 133. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten, fest.

15. Bebauungsplan 5-352-0 für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde

hier: Satzungsbeschluss

- Drucksache Nr. 834 /XI. -

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Bürgern und Behörden ab und beschließt einstimmig aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 5-352-0 für den Bereich Mönnekenwald/ Auf dem Kamp im Ortsteil Reichswalde, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht sowie den dazugehörigen Gutachten und Berichten, als Satzung.

16. Jahresabschluss 2023 der Umweltbetriebe der Stadt Kleve AöR (USK)

a) Feststellung des Jahresabschlusses der USK AöR zum 31.12.2023

b) Feststellung des Lageberichtes der USK AöR für das Wirtschaftsjahr 2023

c) Beschluss über die Ergebnisverwendung

d) Beschluss über die Entlastung des Vorstandes

- Drucksache Nr. 865 /XI. -

Bürgermeister Gebing lässt über a) bis c) abstimmen, da über d) der Verwaltungsrat USK beschließt.

Beschluss:

a) Der Verwaltungsrat der USK AöR stellt einstimmig den Jahresabschluss 2023 entsprechend dem vorgelegten Bericht fest.

- b) Der Verwaltungsrat der USK stellt einstimmig den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 fest.
- c) Der Verwaltungsrat der USK AöR beschließt einstimmig die Verwendung des Gesamtergebnisses 2023 wie dargestellt.

Der unter d) vorgesehene Beschluss über die Entlastung des Vorstandes wird dem Gremium zur Abstimmung neu vorgelegt, nachdem auch der Rat seine Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen a) – c) gegeben hat.

17. Antrag zur Querung der Bahngleise mit Liften

- Antrag Nr. A 17 /XI.-GRÜNE -

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erklärt, dass man eine barrierefreie Querung seit einigen Jahren versuche umzusetzen. Vor diesem Hintergrund habe man nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz eine Sperrpause angemeldet. Die derzeitige nicht barrierefreie Überführung gehöre der Deutschen Bahn. Er schlägt vor, nochmal Gespräche mit der Deutschen Bahn zu führen. Das Vorhaben eines privaten Investors werde nicht gefördert. Er warnt vor Schritten, die das Projekt „Unterführung“ gefährden könnten. Die Installation von Aufzügen in der Unterführung werde zwischen zwei und drei Millionen Euro kosten.

StV. Brückner möchte wissen, welche Auswirkungen das Vorhaben auf das Projekt Unterführung habe und ob sich das Genehmigungsverfahren und die Zeitplanung dadurch verschieben.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erklärt, dass es sich, sofern Aufzüge installiert werden sollen, um ein eigenständiges Verfahren handele, welches erhebliche Verzögerungen zur Folge hätte.

StV. Dr. Meyer-Wilmes führt aus, dass der Antrag einen Aufzug an der vorhandenen Überführung beabsichtige und nicht das Vorhaben eines privaten Investors. Sie bittet zeitnah eine Lösung herbeizuführen.

StV. Schmidt teilt mit, dass damals die Zulassung eines ebenen Bahnübergangs die einfachste Lösung gewesen wäre.

StV. Tekath erklärt, dass für das Vorhaben mit Aufzügen wahrscheinlich eine Bebauungsplanänderung notwendig sei. Die Bahn müsse dann beteiligt werden. Sie hat daher große Bedenken.

Bürgermeister Gebing bestätigt dies. In dem Antrag gehe es darum, an der vorhandenen Brücke zwei Aufzüge oder alternativ am Bahnhof zwei Schächte zu installieren.

StV. Geier führt aus, dass die schnellste Lösung ein ebenerdiger Übergang sei.

StV. Weinrich teilt mit, dass ein Aufzug eine praktikable Lösung sei. Er befürwortet es, einen Vertreter der Deutschen Bahn einzuladen. Eine Umsetzung der Unterführung bis zur Landesgartenschau 2029 sei unwahrscheinlich.

Bürgermeister Gebing entgegnet, dass dem Rat mehrere eindeutige Schreiben der Deutschen Bahn zur Kenntnis gegeben worden seien.

StV. Verheyen befürwortet, einen Vertreter der Deutschen Bahn einzuladen. Die Kosten für einen Aufzug seien deutlich günstiger als vom tariflich Beschäftigten Klockhaus angegeben.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus widerspricht dem. Man müsse alle Regeln der Deutschen Bahn einhalten. Schriftstücke der Deutschen Bahn seien dem Rat mehrmals vorgelegt worden.

StV. Bay hält es für sinnvoll einen Aufzug unabhängig von dem Projekt Unterführung zu errichten. Das Projekt Unterführung dürfe nicht gefährdet werden.

StV. Brückner führt aus, dass bei der Deutschen Bahn strenge Regeln gelten. Durch einen Antrag werde die Bahn nicht unter Druck gesetzt.

StV. Tekath erklärt, dass die Bahn wahrscheinlich nicht bereit wäre, einem Aufzug zuzustimmen. Das Projekt Unterführung dürfe dadurch nicht gefährdet werden.

Bürgermeister Gebing trägt einen Beschlussvorschlag vor und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beauftragt die Verwaltung einstimmig, sich an die Deutsche Bahn oder den VRR zu wenden, um zu prüfen, ob am Standort der vorhandenen Brücke eine Aufzugsanlage errichtet werden kann oder ob auch im Bereich des jetzigen Bahnhofs Aufzüge errichtet werden können. Unabhängig davon soll das Projekt Unterführung uneingeschränkt weitergeführt und priorisiert behandelt werden.

18. Bonuspunkte generationenübergreifendes Wohnen

- Antrag Nr. A 18 /XI.-GRÜNE -

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keyzers weist darauf hin, dass der Rat bereits Richtlinien für die Vergabe von städtischen Baugrundstücken beschlossen habe. Der vorliegende Vorschlag könne in den vorhandenen Richtlinienkatalog eingefügt werden.

StV. Nitsch bemängelt, dass kein Konzept hinter diesem Antrag zu erkennen sei.

StV. Weinrich kritisiert, dass der Antrag lediglich einen Bebauungsplan umfasse. Er schlägt die Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss vor.

StV. Verhoeven möchte wissen, ob der Antrag eine praktikable und umsetzbare Lösung sei.

Technischer Beigeordneter Bomblat teilt mit, dass der Inhalt des Antrags Teil des Klimaschutzfahrplans sei. Eine Umsetzung sei mit Aufwand verbunden aber trotzdem möglich.

StV. Brückner gibt zu bedenken, dass zu viele Dinge ungeklärt seien. Er befürwortet den Verweis in den Bau- und Planungsausschuss.

StV. Tekath befürwortet ebenfalls den Verweis in den Fachausschuss.

StV. Verheyen erklärt, dass der Antrag auf eine Ergänzung des bereits vorhandenen Bonuspunktesystems abziele.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers erklärt das Bonuspunktesystem und führt aus, dass dies im Regelfall durch Bauherren erfüllt werde.

StV. Driever sieht Optimierungsbedarf und bittet um Rückverweisung in den Liegenschafts- und Steuerausschuss.

StV. Weinrich bittet um zusätzliche Beratung im Bau- und Planungsausschuss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve beschließt einstimmig den Antrag in den Bau- und Planungsausschuss sowie in den Liegenschafts- und Steuerausschuss zu verweisen.

19. Antrag auf Einführung von Bezahlkarten für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

- Antrag Nr. A 3 /XI.-AfD -

StV Görtz erläutert den Antrag und bittet um Verweis in den Fachausschuss.

StV. Weinrich trägt einen alternativen Beschlussvorschlag vor. Dieser ist der Niederschrift beigefügt.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers weist darauf hin, dass es eine einheitliche Vorgabe der Landesregierung geben werde. An der Vorgabe werde sich die Verwaltung orientieren. Das kreisweite Vorgehen sei auf der Bürgermeisterkonferenz besprochen worden.

StV. Plorin möchte wissen, warum der Antrag nicht vorab im Fachausschuss beraten worden sei.

Bürgermeister Gebing erklärt, dass die antragstellende Fraktion den Beratungsweg so vorgegeben habe.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Gebing wird mitgeteilt, dass nur über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt werden solle. Er lässt sodann über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kleve lehnt den Antrag der AfD-Fraktion mehrheitlich, bei drei Gegenstimmen, ab.

20. Mitteilungen

a) Sportzentrum Bresserberg - OFD Bescheid

Bürgermeister Gebing teilt mit, dass die Unterlagen der OFD vorlägen. Die Prüfung werde aufgrund der Beteiligung verschiedener Fachplaner mindestens drei Monate dauern.

b) Radweg Spoykanal

Technischer Beigeordneter Bomblat teilt mit, dass für den Radweg Spoykanal eine Förderzusage vorliege. Der Radweg werde insgesamt 4,85 Millionen Euro kosten, wovon

4,46 Millionen Euro gefördert werden. Der Baubeginn sei für den Winter 2024 geplant. Die Fertigstellung sei für Anfang 2026 geplant.

c) Verlängerung Deutschlandticket

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers führt aus, dass die Verwaltung beabsichtige, den Vertrag zu verlängern. Dies habe keine finanziellen Auswirkungen.

21. Anfragen

a) Starkregenereignisse

StV. Nitsch weist darauf hin, dass sich beim letzten Starkregenereignis ein Gullydeckel gelöst und der Kanalschacht daraufhin offen gestanden habe. Dies sei eine lebensgefährliche Situation. Er fragt an, ob die Verwaltung in Erwägung gezogen habe, die Kanaldeckel an den bekannten Stellen entsprechend abzusichern.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erklärt, dass die Thematik bekannt sei. Man befinde sich derzeit in Abstimmung mit den Umweltbetrieben der Stadt Kleve.

b) Umsetzungsstand Kommunalpolitisches Praktikum

StV. Schwieta erkundigt sich nach dem Sachstand zum Kommunalpolitischen Praktikum.

Bürgermeister Gebing sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

c) Grundsteuerhebesätze

StV. Weinrich stellt folgende Anfragen:

Beabsichtigt die Stadt, der Modellrechnung des Landes zu folgen?

Zusatzfrage 1:

Wird es in Kleve zu einer Verschiebung im Verteilschlüssel für die Grundsteuer zulasten von Wohngrundstücken kommen?

Zusatzfrage 2:

Wird die Stadtverwaltung die Grundsteueroption für baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke nutzen und hierfür einen gesonderten Hebesatz (Grundsteuer C) erheben?

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Keysers erklärt, dass der Sachstand im nächsten Liegenschafts- und Steuerausschuss dargestellt werde.

Ende der Sitzung: 19:57 Uhr

(Gebing)
Bürgermeister

(ter Steeg)
Schriftführer